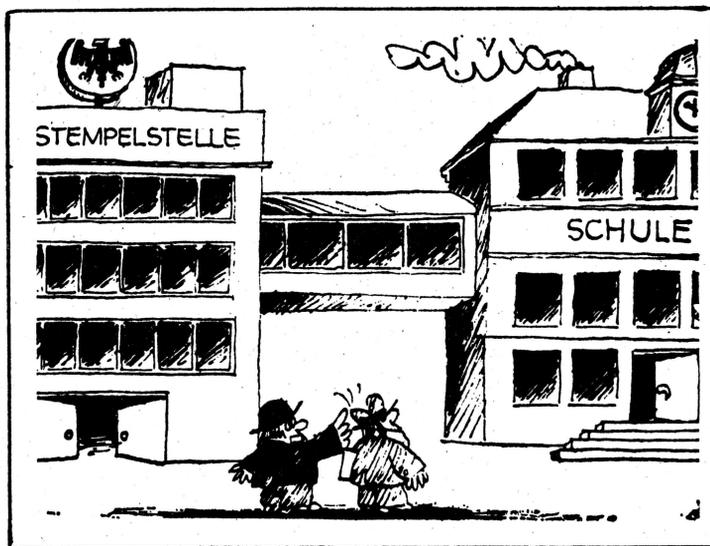


nimmt zu, vielfach eine unmittelbare Folge der „Sparpolitik“, das heißt der Stellenkürzungen im staatlichen Sektor, im Bildungs- und Gesundheitswesen.

Der soziale Druck und die berufliche Perspektivlosigkeit halten daher heute schon vor allem begabte Arbeiterkinder, die meist nur unter großen finanziellen Belastungen ihrer Familien die Hochschulreife erwerben konnten, vom Studium ab. Der Elitecharakter der bürgerlichen Hochschule wird auf diese Weise wieder verstärkt.

Auf einem Kongreß der BRD-Studenten zur Lehrerausbildung wurde zu dieser monopolistischen Bildungspolitik festgestellt: „Die erfolgte Vernichtung von Zehntausenden von Lehrerstudienplätzen, die Schließung ganzer Hochschulen, Personal- und Einstellungsstopps und große Klassen gehören zum Konzept einer Politik, die Milliarden für die Rüstungsindustrie verschwendet und die Bildungsmöglichkeiten weiter verschlechtert.“

Der imperialistische Hochrüstungskurs hat die alten Bildungshürden durch neue ergänzt. Den Opfern dieser Politik, den Tausenden von Jugendlichen ohne Schulabschluß, Beruf und Arbeitsplatz, wird von der herrschenden Klasse auch noch die Schuld an ihrer Lage zugeschoben: „Mangelnde Leistungsbereitschaft“, „Arbeits- und Ausbildungsunwilligkeit“ wird ihnen angelastet. Sie werden als „Versager“, „Sozialfall“ und „Aussteiger“ diskriminiert. Eine wachsende Anzahl junger Arbeiter, Schüler und Studenten ist jedoch nicht mehr bereit, diese Mißachtung ihrer Grundrechte einfach hinzunehmen. Immer nachhaltiger fordern sie „Bildung statt Bomben“. Anfang Dezember erhoben Tausende Schüler und Studenten in einer bundesweiten Aktions-



„Damit wäre der nahtlose Übergang gewährleistet!“

Zeichnung: LVZ/Guckuck

und Streikwoche massiven Protest gegen die Rotstiftpolitik im Bildungsbereich und die NATO-Hochrüstung.

Aktionen wie diese sind - wie die gesamte Friedensbewegung - zunehmend von der Einsicht getragen, daß der Bildungsabbau Folge der verhängnisvollen Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik ist. Deshalb richtet sich der Protest zugleich gegen diese Politik, die statt sozialer Sicherheit noch gefährlichere NATO-Raketen und die US-Neutronenwaffe offeriert, die nicht nur errungene Bildungsmöglichkeiten rapide abbaut, sondern Bildung, Kultur, Leben, ja die Existenz der Menschheit aufs höchste gefährdet. Der kapitalistische Alltag fördert geradezu die Erkenntnis, daß imperialistische Politik den Monopolen Maximalprofite sichert, so grundlegende Menschenrechte aber wie das Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf Leben mehr denn je preisgibt. Wissen ist, wie W.I. Lenin betonte, eine wichtige Waffe im Kampf um die Befreiung. „Die

Werk tätigen streben nach Wissen, denn sie brauchen es für ihren Sieg.“^{1 2} Und nach wie vor sind Bildungsfragen Machtfragen. In der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, in der Bildung, Wissenschaft und Forschung wie das gesamte geistige Leben dem Profitstreben des Monopolkapitals untergeordnet sind und nicht dem sozialen Fortschritt dienen, treten die kommunistischen Parteien als die konsequentesten Verfechter der Brechung des bürgerlichen Bildungsmonopols auf. So heißt es im Programm der DKP: „Getreu den Traditionen der Arbeiterbewegung kämpft die DKP gegen alle Formen des bürgerlichen Bildungsprivilegs, für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung.“³

Heidrun Fritzsche

- 1) W.I. Lenin, Werke, Bd.28, Berlin 1959, S.419
- 2) ebenda, S.75
- 3) Mannheimer Parteitag der DKP, Programm, Berlin 1979, S. 55